

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3606-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postachtkonto: Berlin 60. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post nach 36 Pfennig Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr 117 · B 58

DIENSTAG, 10. MÄRZ 1931

ABEND-AUSGABE · V

Das Dorf als Großbetrieb

Deutsche Bauern mit Traktoren

In einem Bauernhof bei Ulm wird jetzt eine ganze Gemeindefarm in einer Größe als motorisierter Großbetrieb bewirtschaftet. Der Grundbesitz dieses „modernsten Dorfes“ ist der folgende: Die Bauern besitzen Eigentümer von Land und Vieh, oder bis zur Größe wird die ganze Fläche meist bestellt. Dadurch verringern sich die Betriebskosten um ein beträchtliches, und vor allem kann die tierische Anspannung erheblich eingespart werden. Zu diesem bemerkenswerten Versuch, den der Hofbesitzer Professor Münzinger organisiert, sind Heilissen aus dem Reichsamt gewählt worden.

Verlässliche Gemüter werden in dem Experiment Münzingers, dessen eigentliche Arbeiten schon häufig Widerspruch und Ablehnung gefunden haben, einen Anstoß gegen den bäuerlichen Individualismus wittern. Es muß auch ganz klar gesagt werden, daß dieser Versuch äußerlich der umfassen und tiefsten Form der russischen Kollektivwirtschaft, das als Lösungsgang zur kommunistischen Wirtschaft die genossenschaftliche Selbstbestellung anerkennt. Macht man sich aber frei von unrichtigen Vorstellungen, so muß anerkannt werden, daß dieser Versuch sehr wesentliche Anhaltspunkte für die Neuformierung der bäuerlichen Betriebe und die Wiederherstellung ihrer Konstruktivfähigkeit im Anbau von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgütern für den Markt bieten kann. Daher ist es, daß der Schritt nicht gelangt, motorisierte Maschinen zu schaffen, deren Amortisation im Kleinbetrieb mög-

lich ist. Die Untersuchungen Professor Münzingers über die bäuerliche Arbeitsleistung haben zweifellos ergeben, daß die technische Leistung der Betriebsweise im wesentlichen durch Mehrarbeit und starke Einschränkung der Lebensleistung ermöglicht wird. Rechnet man zusammen, wieviel unproduktive Arbeitsgänge durch die Wege vom Hof zum Feld, häufig zu schwer zugänglichen und abgelegenen Parzellen Zeit mangelnder Flurbetreuung, den Bauern erwasen, so sind die Vorteile genossenschaftlicher Selbstbestellung auf der Hand legend.

Demgegenüber aber muß betont werden, daß die Intensität der Bewirtschaftung, die Art der Bestellung, die Düngerbearbeitung und die Auswahl des Saatgutes in den bäuerlichen Wirtschaften außerordentlich unterschiedlich sind und nur sehr schwer auf einen Gesamtaverage gebracht werden können. Man muß also damit rechnen, daß sich sehr erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Bauern ergeben werden, die zum Teil (schon) begründet sind, zum Teil aber in dem vielleicht überfertigen Individualismus der bäuerlichen Natur begründet sind.

Man wird das Ergebnis des Münzinger'schen Versuchs abwarten müssen, ehe man ein Urteil über seine praktische Wertigkeit abgeben kann. Sein vorläufiges ist der Gedanke richtig und wenn auch sehr für den genossenschaftlichen Anbau der bäuerlichen Wirtschaft sehr gefördert wird, so wird Münzinger sich ein großes Verdienst um die deutsche Landwirtschaft erweisen.

Politische Justiz

Der Menschewitz-Prozess in Moskau

Von WILM STEIN, Berichterstatter der Wossifischen Zeitung

In dem jüngsten Schauprozess in Moskau wurden schwere Kerkerstrafen verhängt. Von den üblichen Todesurteilen wurde abgesehen. Warum? Unser Moskauer Korrespondent gibt die Antwort:

Moskauer Prozesse sind politische Kampfmittel und dienen politischen Zwecken. Eine Justiz, die automatisch ihren Gang geht, eine geordnete Rechtsprechung, die bei der „Art“ und Ermittlung des Täters' unangenehmig Recht, Beweis und Urteil folgen, sind dem kommunistischen Staat unbekannt. Man lehnt sich an die Formen bürgerlicher Rechtsstaaten an, soweit die traditionelle Übung bequemer ist, und man verzichtet die Formen, sobald politische oder taktische Erwägungen sie unbenutzt erscheinen lassen.

Unabhängig große und kleine Vergehen, vom Vandalentum auf der schwarzen Straße bis zum Staatsverrat, „verfügt“ das Kollektiv der G. P. U. in aller Gültigkeit: es verurteilt und verdammt und vollstreckt; nur in seltenen Fällen gibt es das eine oder andere Verbrechen gegen sein gesamtgesellschaftliches Gemeinwohl als abgemilderten Gespenst bekannt. Man aus 2000 der „Sabotage“ Verurteilten und Verhafteten ein paar Vertreter aussucht und gegen sie einen öffentlichen Prozeß im „Kremlin“ ansetzt, wenn man heute die ersten Menschewitz aus einer großen Schar Verhafteter zu einem neuen Menschewitzprozess auf die Bühne des Schutzes im Gewerkschaftsbüro stellt, sie filmt und fotografiert, die Verhandlung durch Radio überträgt, die Spalten der Zeitungen mit ihr füllt, so ist nicht die besondere Schwere ihrer Vergehen die Ursache der sensationellen Aufmachung und der „öffentlichen Verhandlung“ in Form, die äußerlich das Bild eines „Prozesses“ und einer Rechtsabhandlung bieten.

„Recht, weil es um „Mißverhältnisse“ geht, die man nach Recht und Gesetz beurteilen will, um ihre Gesetzmäßigkeit nach Analogie abzumitteln“ zu behaupten, ist man fünf Gewerkschaften und Arbeiter auf die feierlichen Richterthronen des Kremles; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Begriffe; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Formen; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Verfahren. Die Spalten der Zeitungen mit ihr füllt, so ist nicht die besondere Schwere ihrer Vergehen die Ursache der sensationellen Aufmachung und der „öffentlichen Verhandlung“ in Form, die äußerlich das Bild eines „Prozesses“ und einer Rechtsabhandlung bieten.

„Recht, weil es um „Mißverhältnisse“ geht, die man nach Recht und Gesetz beurteilen will, um ihre Gesetzmäßigkeit nach Analogie abzumitteln“ zu behaupten, ist man fünf Gewerkschaften und Arbeiter auf die feierlichen Richterthronen des Kremles; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Begriffe; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Formen; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Verfahren. Die Spalten der Zeitungen mit ihr füllt, so ist nicht die besondere Schwere ihrer Vergehen die Ursache der sensationellen Aufmachung und der „öffentlichen Verhandlung“ in Form, die äußerlich das Bild eines „Prozesses“ und einer Rechtsabhandlung bieten.

Der Menschewitzprozess ist nicht in einer Reihe: Schandprozesse und Kammerprozesse gehen von der Strafverfahrensprozess soll folgen. Gemeinlich ist dieser „Schauprozess“ die inempfindliche Zersplitterung: Räte, Leiden, Mängel und Mißstände sollen den Massen der Sowjetunion als folgen böswilliger Sabotage gezeigt werden, um taktische Gedanken über die Weisheit der Politik der Parteileitung zu entwickeln, zugleich haben diese Prozesse die Sowjetunion in der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie (Aufhebung der Freiheitsgötter, Arbeitsunruhe, Verknüpfung, Verknüpfung, Verknüpfung) als Folge der „Bühnenarbeit der Feinde“ nachzuweisen, — im Schauprozess waren die emigrierten Gewerkschaftler und einzelne ausländische „Kapitalisten“ das treibende Element, im Kammerprozess die reaktionären Einigungen zusammen mit dem französischen Generalstab und der französischen Regierung im Menschewitzprozess ist es die Sozialdemokratie aller Länder und besonders die deutsche, im Schauprozess wird man vermutlich die Sünderinnen der Sozialrevolutionäre vorstellen.

Bei mehr als in den frühesten Prozessen tritt im Menschewitzprozess auch die Tendenz zu Tage, die bevorzogene Kriegesgefahr in knappen Worten zu malen, die ohnehin notwendige Stimmung durch das Gespenst militärischer Interventionen weiter zu steigern: das Brüllen des Löwen soll die englische Flotte noch enger zusammen und an die Seiten drängen. Der Ruf „Nihilismo ante portas“ macht Gewerkschaften, Arbeiter, Soldaten ohne Grenzen zur patriotischen Pflicht, spannt die Geogien und übernimmt die lähmende Würdigung, die den „Georgienischen Aufbruch“ gefordert.

Der Menschewitzprozess unterliegt sich von seinen Vorgängern durch das besonders starke Hervortreten der außen-

Der Reichswehr-Ertrag

Bei der Beratung des Wehr-Ertrags in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses war vorwiegend von dem Ertrag der Reichswehr die Rede. Sozialdemokratische Redner behaupten es, daß offenbar lange Zeit herangezogen werden, die sich nicht durch eine rechtsstaatliche Einstellung legitimieren, und daß Sozialdemokraten sehr Wohlgefallen daran finden, in die Reichswehr zu gelangen. Auch ein Genarrumentar meinte, es sei nicht zu verschweigen, daß sich ein Klagen über Parteimitglieder und Parteifunktionäre bei der Auswahl des Mannschaften-Liste immer wieder. Den Offiziersertrag kontrolliere der Reichswehr-Minister allerdings selber.

Reichsminister Dr. Grewer erklärte dazu, daß durch ständige in vielen Fällen von ihm selbst vorgenommene Prüfung die Gewinne gegeben werden, daß sowohl der Offiziers- wie der Mannschaften-Ertrag auf unparteiische Weise erfolge, und daß die Billie des Reichswehrministers wurde auch von den Sozialdemokraten nicht bestritten.

Angesichts wurde ein kommunikativer Antrag, das Gehalt des Reichsministers zu freieren, angenommen, und zwar mit Zustimmung Grewers, wurde ein Antrag, wonach Angehörige des Reichswehrs und der Marine nicht als Ertrag für Freiländer oder ausgesparte Arbeiter werden bestimmt dürfen.

Abg. Dr. Gremer (D. S. B.) beklagte sich, daß der in den Kameradschaftskassen ausbleibende Ertrag meist sehr einseitigen rechtsstaatlichen Charakter trage.

General von Seidler erwiderte, den Reichswehrgewinn müsse die Wahl ihre Letztäre frei. Mit Worten habe man nicht das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte.

In der Zeitfolge der heutigen Morgenausgabe der „Wossifischen Zeitung“ ist durch einen Druckfehler der Sinn eines Satzes in sein Gegenteil verkehrt worden. Es folgte richtig heißen: „Wir wollen hoffen, daß man ebenso zu Unrecht eine Hinneigung nach dem entgegengesetzten Verhalten vertritt, wie man die nach dem Oben nicht zu bemessen vermochte.“

Schlichtungsverfahren bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahn und den Gewerkschaften über eine Schlichtung wurden am Dienstag fortgesetzt. Da die Gewerkschaften jedes Eingehen auf die Forderung der

Reichsbahn ablehnten und die Ausbreitung der bestehenden Forderungen verlangten, wird die Reichsbahn-Verwaltung mit der Einstellung eines Schlichtungsausschusses beauftragt.

Radikalismus im Landbund

Der Reichslandbund soll eine berufliche Interessenvertretung sein. Diesen Charakter hat er schon in der Vorzeitigkeit nicht gewohnt. In den letzten Jahren hat er sich fast mehr nach als mit landwirtschaftlichen Dingen mit Politik befaßt. Vor den letzten Reichstagswahlen hat er die Bindung an eine politische Partei abgelegt und eigene „Landbündel“ errichten lassen. Das war eine schmerzliche politische Neutralität, erzwungen dadurch, daß ein Teil des Landbundes zu Zugenberg, der andere zu den Konföderationen hinneigte, die sich von der Führung Zugenberg's emancipiert hatten.

Wahns der Wahlen ist der Landbund immer mehr in das Fahrwasser der Radikalen gelangt. Schiele mußte sein Reichslandbundesmandat niederlegen, später auch der Ehrenvorsitz. Ueber mangelnden Entgegenkommen der Regierung Erklärung hatte die Landbundespolitik sich nicht zu beugen. Aber die Einstellung des Reichslandbundes zur Regierung ist schon lange nicht durch die Agrarpolitik beibehalten, sondern fast ausschließlich durch die allgemeine Politik.

Das Reichsbund des Reichslandbundes ist heute nach Berlin verfahren worden. Offiziell, um zum Agrarprogramm und zur politischen Stellung zu nehmen, in Wirklichkeit, um eine politische Entscheidung zu treffen. Für oder gegen Schiele, das heißt nicht für oder gegen den Reichswehrgewinnminister, sondern für oder gegen eine Politik der Sabotage.

Man ist im Lande, wenn man die Rede kennt, die vor wenigen Tagen erst auf dem Schließlichen Landtag in Weiz der neue Vorsitzende Rittergutsbesitzer von Hoff gehalten hat. Er gab offen die Partei für Schiele aus; mehrere Redner forderten von „dem großen Mißbaufer in Berlin“, der über kurz oder lang „legal oder illegal“ befristet werden müsse, Raum mit einem Worte war der landwirtschaftlichen Not die Rede, ausschließlich von Parteipolitik.

Der heutigen Sitzung des Reichslandbundes in Berlin ist getrennt eine Sonderkonferenz jener Landbundesmitglieder vorausgegangen, die dem Reichslandbundes verfallen sind. Die Scheidung der Offiziere ist bereits erfolgt. Fraglich bleibt nur, zu welchem Ergebnis die Sitzung führen wird. Daß sich der Reichslandbund in seiner Gesamtheit Zugenberg und Schiele verweigern wird, ist unannehmlich, ebenso wenig ist anzunehmen, daß man es jetzt schon zum offenen Bruch mit kommen lassen.